

Beschluss der Personalversammlung v. 9.11.04

Betr.: Arbeitszeit und Arbeitsbelastung - Musterantrag an die Gesamtkonferenzen

Die Erhöhungen der Unterrichtsverpflichtung, die Verschlechterung der Schüler/Lehrer-Relation bei gleichzeitiger Erhöhung der Studentafel, die Überschüttung der Schule mit ständig neuen Aufgaben und Umorganisirungen haben ein Ausmaß angenommen, das qualitativ guten Unterricht und die Wahrnehmung der Erziehungsaufgaben der Lehrkräfte immer schwieriger macht.

Die öffentlichen Versprechen zur Verbesserung des Schulangebots und der Schulqualität einerseits und die real stattfindende Senkung der Personalkosten andererseits stehen in einem immer größeren Widerspruch zueinander. Es werden gesellschaftliche Erwartungen an die Leistungen der Schule geweckt, zu deren Erfüllung gleichzeitig die notwendigen Ressourcen verweigert werden. Die vorgegebenen Ziele sind so nicht zu erreichen. Vielmehr werden sinkende Arbeitszufriedenheit, eine Zunahme des burnout-Syndroms und schulinterne Konflikte provoziert. Um an den Schulen gute Arbeit zu leisten, brauchen die Beschäftigten sichere Rahmenbedingungen. Der Arbeitgeber muss entweder zur Erweiterung des Schulangebots vermehrte Personalressourcen zur Verfügung stellen oder der Öffentlichkeit deutlich sagen, dass er dazu nicht bereit und/oder in der Lage ist und deshalb die Versprechen nicht einhalten kann.

Wir fordern den Senator für Bildung auf, zu einer realistischen Personalführung zurückzukehren. Dabei sind folgende Maßnahmen vordringlich:

- Einseitige Planungen des Arbeitgebers zur formalen Verordnung von Präsenznachmittagen und Pflichtfortbildungen sind einzustellen. Sie entsprechen weder der schulischen Realität noch den Notwendigkeiten der Schulentwicklung.
- Rund 42% der Bremer Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit. Teilzeitkräfte dürfen auch bei den außerunterrichtlichen Tätigkeiten nur im Umfang ihres Stellenanteils belastet werden.
- Der vermehrte Kooperations- und Beratungsbedarf muss durch eine generelle Klassenlehrer- bzw. Tutorenstunde anerkannt werden.
- Angesichts der Flut von Vergleichsarbeiten und Tests muss für die dabei anfallende Mehrarbeit ein Ausgleich geschaffen werden.
- Die Mehrarbeitsstunde für unter 50jährige Lehrkräfte muss abgeschafft werden.
- Schulprogramme und umfangreiche Jahresplanungen können nur erarbeitet werden, wenn dafür ein Stundenpool zur Verfügung gestellt wird.
- Ganztagschulen mit Präsenzzeitmodell müssen mit mindestens 3 zusätzlichen Wochenstunden pro Lehrkraft ausgestattet sein. Diese Stunden dürfen nicht für Unterricht oder Betreuung verwendet werden. Ohne eingerichtete Lehrerarbeitsplätze darf es kein Präsenzzeitmodell geben.

Die Personalversammlung fordert alle Gesamtkonferenzen auf, Anträge zu verabschieden, die diese Forderungen zum Inhalt haben. Konferenzbeschlüsse sollten auf dem Dienstweg an den Senator für Bildung und zur Kenntnis an den PR Schulen weitergeleitet werden.

Die Personalversammlung schlägt den Kollegien vor, darüber hinaus in Arbeitsgruppen und in den Betriebsgruppen zu überlegen und Vorschläge zu machen, welche neuen Tätigkeiten, die die Arbeitszeit noch weiter in die Höhe treiben, im Interesse einer guten Vor- und Nachbereitung des Unterrichts und einer guten Klassenführung nicht weiter erledigt werden sollten.